

ÖVP gegen Gewessler-Plan zum Lobautunnel-Aus

Verkehrsministerin Gewessler will die Wiener S1-Umfahrung nach einer Prüfung aus dem Bundesstraßengesetz streichen. Die ÖVP lehnt eine Zustimmung im Parlament kategorisch ab. Die Wiener FPÖ bezeichnet Gewessler indirekt als „Wahnsinnige“.

David Krutzler

Ende des Vorjahres gab Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) bekannt, dass das Milliardenprojekt Lobautunnel aus Klimaschutzgründen „nicht weiterverfolgt“ wird. In weiterer Folge wurde das Vorhaben aus dem Asfinag-Straßenbauprogramm entfernt. Im Bundesstraßengesetz ist die geplante S1-Nordostumfahrung aber weiterhin angeführt.

Diese Gesetzespassage möchte Gewessler nun aber ändern. Sie kündigte an, eine „Strategische Prüfung Verkehr“ einzuleiten, um in weiterer Folge die S1-Verlängerung samt Tunnel aus dem Bundesstraßengesetz streichen zu können. Die Prüfung dauere rund zwei Jahre – also bis Ende 2024. Spätestens im Herbst 2024 müssen die nächsten Nationalratswahlen stattfinden: Ob die Prüfung zuvor noch abgeschlossen werden kann, ist offen. Für die Gesetzesänderung wäre eine Mehrheit im Parlament notwendig. Diese zeichnet sich aber derzeit in keiner Weise ab – auch nicht in der türkis-grünen Bundesregierung.

ÖVP kritisiert Gewessler

Die Pressekonferenz Gewesslers am Donnerstag war noch keine 30 Minuten vorbei, da meldete sich die Kanzlerpartei ÖVP in einer Aussendung zu Wort: „Mit uns als Volkspartei wird es keine Gesetzesänderung zur Streichung des Lobautunnels geben“, reagierte Verkehrsminister Andreas Ottenschlager. Er bezeichnete den Vorstoß als „Alleingang von Ministerin Gewessler“, der „inakzeptabel“ sei. Im Vorfeld habe es keine Gespräche „weder auf parlamentarischer noch auf Regierungsebene“ gegeben. Die Diskussion darüber sei für die ÖVP „beendet“, sagte Ottenschlager.

Gewessler hatte zuvor ihre Ansicht bekräftigt, dass man in Zeiten der Klimakrise nicht auf klima-

schädlichen Straßenprojekten beharren könne. „Diese Erkenntnis ist sicher nicht einfach.“ Es gebe bessere Alternativen statt des Tunnels. Die Stadt Wien und das Land Niederösterreich hätten aber bisher mehrfach angebotene Gespräche über gemeinsame Planungen mit dem Bund nicht wahrgenommen.

Im Auftrag des Verkehrsministeriums wurde von Autor Günter Emberger von der TU Wien eine Studie erstellt. Diese habe laut Emberger ergeben, dass schon die Umsetzung der von der Stadt Wien selbst gesetzten Klimaziele zu einer deutlichen Verkehrsentlastung führen würden, wie er am Donnerstag sagte. So will die Stadt bis 2030 die



Die Wiener S1-Nordostumfahrung samt Lobautunnel findet sich nicht mehr im aktuellen Asfinag-Bauprogramm, wohl aber im Straßengesetz.



CO₂-Emissionen im Mobilitätssektor um 50 Prozent (im Vergleich zu 2005) senken. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs im Modal Split soll von 26 Prozent auf 15 Prozent verringert werden. Der Bau einer höherrangigen Straße wie das S1-Projekt sei kontraproduktiv.

Die Öffi-Ausbaupläne der Stadt – etwa die Verlängerung der Straßenbahn 25 in der Donaustadt sowie Buslinien – reichen laut Emberger im Wesentlichen aus, um die Ziele zu erreichen. Eine Verbesserung sei etwa noch bei der S80 notwendig.

Heftige Kritik am Vorgehen Gewesslers kam neben der ÖVP auch von der Wiener SPÖ. Verkehrsstadträtin Ulli Sima warf der Ministerin

vor, mit ihrer „Pseudo-Prüfung des bereits bestgeprüften Infrastrukturprojekts Österreichs“ auf Zeit zu spielen. Das Projekt sei seit mehr als 20 Jahren umfassend geprüft worden. Die Bauarbeiten für den Nordteil des Straßenprojekts – noch ohne Tunnel – „hätten bereits heuer anlaufen sollen“.

Anton Mahdalik, Verkehrssprecher der Wiener FPÖ, reagierte ebenfalls verärgert: „Wie lange lässt die ÖVP diese Wahnsinnige noch fuhrwerken?“ titelten die Freiheitlichen eine Aussendung Mahdaliks zum Lobautunnel. Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace oder Virus zeigten sich erfreut über Gewesslers Ankündigung. **Kommentar Seite 28**

Massive Kritik an Videoüberwachung in der City

Datenschützer orten vorgeschobene Argumente der SPÖ bei Verkehrsberuhigung

Wien – Wer künftig den ersten Wiener Bezirk betreten möchte, wird ins Visier von Überwachungskameras geraten. So lautet zumindest der Plan der rot-pinken Stadtregierung. Hintergrund ist das Ziel, den Verkehr dort deutlich zu reduzieren – was allerdings noch der Umsetzung harzt. Das rief diese Woche die Wiener Grünen auf den Plan, die mehr Tempo forderten. Auch Datenschützer erhöhen nun den Druck.

Die Grundrechts-NGO Epicenter Works hat die geplante Kameraüberwachung gemeinsam mit anderen NGOs bereits beanstandet. Diese Kritik baut sie nun aus: Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) habe ein früheres Konzept zur Verkehrsberuhigung, das unter Ex-Verkehrsstadträtin Birgit Hebein (Grüne) erstellt wurde und ohne Videoüberwachung auskam, mit fragwürdigen Argumenten abgedreht. Argumente, die offenbar genauso auf das aktuelle Konzept zutreffen würden.

Künftig sollen in der City nur noch ausgewählte Fahrzeuge – etwa Ortsansässige, Busse, Taxis oder Zulieferer – unterwegs sein dürfen. Nach dem aktuellen Plan von Rot-Pink soll das Verbot für alle anderen nach einer halben Stunde gelten, zuvor ist eine Durchfahrt gestattet. Die Ausnahmen sollen mit Videokameras kontrolliert werden. Die Bilder würden dann automatisiert mit

Datenbanken abgeglichen, um zu eruieren, ob das Fahrzeug zu einem längeren Aufenthalt berechtigt ist.

Ein Rechtsgutachten von Uni-Professor Nikolaus Forgó im Auftrag von Städtebund und Klimaschutzministerium bescheinigte dieser Variante mit Videoüberwachung, datenschutzkonform zu sein – sofern eine Änderung in der Straßenverkehrsordnung (StVO) erfolge. Epicenter Works kritisiert jedoch, dass in dem Gutachten eine ausführliche Grundrechtsabwägung fehle. Jeder Grundrechtseingriff muss dadurch begründet sein, dass er verhältnismäßig ist. Das sei bei der Kameralösung nicht der Fall, sagt Datenschützer Thomas Lohninger von Epicenter Works. Er weist darauf, dass im ersten Bezirk Veranstaltungen wie Demos stattfinden, bei denen Videoaufzeichnungen problematisch seien.

Stadt kündigt Schritte an

Eine Variante ohne Kameras hatte Hebein vor der Wien-Wahl 2020 geplant. Anders als beim aktuellen Konzept wäre eine Durchfahrt für Fahrzeuge, die nicht in die Ausnahmen fallen, stets verboten. Kontrolliert worden wäre nicht mit Kameras, sondern mit wöchentlichen Planquadranten der Polizei. Dagegen legte Bürgermeister Ludwig allerdings ein Veto ein – wegen rechtli-

cher Bedenken. Denn laut einem Gutachten aus dem Rathaus verstößt das Vorhaben gegen mehrere (Grund-)Rechte. Etwa gegen das Sachlichkeitsprinzip: So müsste eine Gefahrsituation vorliegen, damit der Verkehr eingeschränkt werden dürfte. Das sei nicht gegeben. Auch sei der Datenschutz in Gefahr: Es brauche Nachweise, dass man in die Innenstadt fahren darf. Da diese Nachweise personenbezogene Daten beinhalten, wäre die Regelung nicht angemessen.

Für Epicenter Works sind das vorgeschobene Argumente. „Würde hier fair gespielt, müssten die rechtlichen Bedenken gegen das Konzept von 2020 genauso auf das aktuelle von Stadträtin Sima angewendet werden“, sagt Lohninger. „Und dann müsste sie es verhindern.“

Das Büro von Verkehrsstadträtin Ulli Sima (SPÖ) teilt zu alledem mit, dass eine Verkehrsberuhigung ohne Kameraüberwachung „nicht effektiv umsetzbar“ und die gewählte Variante laut der Forgó-Studie mit dem Datenschutz vereinbar sei. „Es fehlt noch die Änderung in der StVO durch den Bund.“ Noch einmal spannend könnte es in der Sache schon bald werden: Laut Simas Büro sollen noch heuer „die weiteren Schritte vonseiten der Stadt“ präsentiert werden. (muz, rach)

derStandard.at/Panorama/Wien

DER STANDARD auf dem:

Vienna Humanities Festival „The Age of Uncertainty“ 27.9. – 2.10.

Wie werden der Russisch-Ukrainische Krieg, die Energiekrise und die Digitalisierung die Welt verändern? Diesen Fragen widmet sich das diesjährige Vienna Humanities Festival „The Age of Uncertainty – Zeitenwende“ mit Diskussionsveranstaltungen auf Deutsch und Englisch im Zentrum Wiens. Über die akuten Bedrohungen, ihre Ursachen und Strategien der Bewältigung diskutieren der Ökonom Joseph E. Stiglitz, die Putin-Expertin Catherine Belton und der Autor Daniel Kehlmann, die Politolog:innen Ronald Deibert und Lea Ypi, die Investigativ-Journalisten Christo Grozev und Andrei Soldatov, die Essayistin Katja Petrowskaja und viele mehr.

Joseph Gepp im Gespräch mit Florence Gaub & Andreas Treichl

„24. 2. 2027: Wirtschaft und Sicherheit im neuen Europa“
Sa, 1. Okt., 12.30 Uhr, Akademie der bildenden Künste Wien

Mia Eidhuber im Gespräch mit Philipp Blom

„Macht euch die Erde untertan – Aufstieg und Fall einer Idee“
So, 2. Okt., 11.00 Uhr, Akademie der bildenden Künste Wien

Tanja Traxler im Gespräch mit Gerti Kappel

„Für einen digitalen Humanismus“
So, 2. Okt., 14.00 Uhr, Akademie der bildenden Künste Wien

Alle 25 Veranstaltungen unter: www.humanitiesfestival.at
Ein Projekt von IWM und The European Network of Houses for Debate, Time to Talk.



DERSTANDARD

Eintritt frei! www.humanitiesfestival.at

derStandard.at/events